
Aussprache

Angleichung an den individualistischen Egoismus

(Anmerkungen zum Beitrag von
Wolfgang Michal „Die **SPD** - die alt-
modische Variante der Volkspartei?“
in: GMH 5/88, S. 278-288).

In seinem Aufsatz konstatiert Wolf-
gang Michal, daß die SPD „inhaltlich

abgewirtschaftet“ habe. Ohne detailliert
darauf eingehen zu können, möchte ich
einige seiner Thesen nicht im Raum
stehen lassen.

In der Tat ist die SPD aus der Sicht der
Jüngeren eine altmodische Partei - und
dies nicht etwa nur wegen ihres geschicht-
lichen Alters, sondern vor allem wegen
der von ihr praktizierten Vernachlässi-
gung der jüngeren Generation. Allerdings
wird die jüngere Generation den Autor
und mich - ich bin gleicher Jahrgang wie

Michal - kaum zu den Ihren zählen, und tatsächlich sehen die Mittdreißiger so manches Bedürfnis der Jungen aus einer durchaus sehr theoretischen Sicht.

Was wäre die Folge der von Michal vorgeschlagenen Anpassung an die Erwartungshaltung der Jugendlichen, eine Haltung, die doch von den überwiegend vom Kapital beherrschten Medien erzeugt worden ist? Wer denkt denn noch ernsthaft über eine durchdemokratisierte Staatsorganisation, zu der auch die Wirtschaftsdemokratie gehören muß, nach? Staatskritik ersetzt nicht die notwendige Gesellschaftskritik, und staatsfern heißt nicht bürgernah. Oder sollte sich der Autor der Illusion hingeben, eine wachsende Staatsferne der Opposition lasse den Staat von selbst absterben? Weil es ihn gibt und geben wird, nicht weil er gut oder böse ist, muß der Staat so weit wie möglich für die Mehrheit seiner Menschen, also demokratisch und sozial organisiert werden.

Sinnvoller, wenn auch vielleicht mühsamer und langwieriger als die geforderte Modernisierung ist es, die sozialdemokratischen Werte Solidarität, Demokratie, Frieden und Freiheit offensiv in einem eigenständigen Konzept gegen die Tendenzen der Entsolidarisierung und Über-Individualisierung zu vertreten und in der Tagespolitik ihre Aktualität zu beweisen. Eine solche Politik braucht natürlich glaubwürdige Vertreter. Aber gerade die vom Autor genannten Namen jüngerer MdBs scheinen mir am ehesten diese Glaubwürdigkeit eines sozialdemokratischen Standpunktes zwischen modernistischer Wirtschaftsliberalität und konservativer Erstarrung zu bieten. Diese Sozialdemokraten stehen nicht „heimatlos“, sondern sie wagen die Gratwanderung, die nötig ist, um die Partei ohne Aufgabe des sozialdemokratischen Anspruchs nach vorne zu bringen. Und auch für die Jusos gilt: Der Yuppie-Weg ist der schlechteste Weg, die Jungsozialisten aus ihrer angeblich ausschließlich selbstverschuldeten (hier haben andere doch erheblich mitgebastelt!) Isolierung herauszuführen.

Vieles von dem, was der SPD angeblich ein moderneres Profil verschaffen würde, brächte nur eine Angleichung an die beiden Parteien des individualistischen Egoismus, den FDP-Senior und die GRÜNEN, den Junior. Soll dann etwa die CDU die gewerkschaftlich orientierten und sozial reformerisch eingestellten Wählerschichten von der SPD übernehmen? Dann könnte allerdings das Konzept von Blüm-Geißler-Süßmuth aufgehen, und die Union von CSU bis CDA wäre endgültig ihre eigene große Koalition. Warum nehmen die unternehmerbeherrschten Medien wohl ein Profil wie das vom Autor beschworene, das moderne, unternehmerisch-individualistische Image, eher zur Kenntnis als dieses störende Solidaritätsgedusel der traditionellen Sozialdemokratie und ihre - wie der Autor es sagt - „grauen Mäuse“? Ich warte immer noch darauf, daß die Unzufriedenen in den Medien, denen die SPD nie bunt genug ist und die gleichzeitig von ihrer eigenen „linken“ Gesinnung eine solch hohe Meinung haben, ihre eigene Rolle als „nützliche Idioten“ des Kapitals einmal hinterfragen. Verwechselt doch bitte nicht das modernistisch verbrämte Nachbeten des Wirtschaftsteils der FAZ, das der Einfädelung sozialliberaler Koalitionen dienen soll, mit moderner SPD-Politik!

Michal fragt nach dem Sinn der regionalen Parteigliederung. Nun, diese bietet wenigstens theoretisch noch die Gewähr, daß alle Mitglieder mitwirken und ihre Meinung einbringen können. Wird der Willensbildungsprozeß jetzt - wie vorgeschlagen - auch institutionell ad hoc gebildeten Initiativgruppen von Mitgliedern überlassen, die die nötige Zeit und Vorbildung für ihre Aktivitäten aufbringen, bleibt das „einfache“ Mitglied endgültig außen vor. Die Parteigliederung nach amerikanischem Muster aufzulösen würde bedeuten, der Machtentfaltung der Wirtschaftsinteressen endgültig den Weg freizumachen und den gestalterischen Anspruch der Sozialdemokratie in der Gesellschaft aufzugeben.

Die wichtigste Frage hat Michal zwar

implizit aufgeworfen, jedoch nicht beantwortet: Was soll die SPD mit den als „aufstiegsorientiertes und technokratisch-liberales Milieu“ bezeichneten Gesellschaftsschichten machen? Michals Ausführungen lassen zumindest auch den Schluß zu, man solle diese Schichten ganz den Koalitionsparteien überlassen. Wenn seine Thesen so aber nicht gemeint sind, wenn wir uns auch dort um Wähler bemühen sollen, was ich einmal unterstellen möchte, fehlen gerade Aussagen

zu der Frage, wie das dann nötige „Sowohl-Als-auch“ bewältigt werden soll. Das Hauptproblem der SPD, einen zu geringen Teil der Wählerschaft anzusprechen, erledigt sich nämlich leider nicht mit der - zutreffenden - Erkenntnis, keinen Zugang zum „alternativen“ Teil der Jugend gefunden zu haben.

Andreas Nothelle,
Sankt Augustin